

**Stadt Ravensburg - Haushalt 2019 -
Verabschiedung/Beschlussfassung
Haushaltsrede der CDU Fraktion Ravensburg
Fraktionsvorsitzender August Schuler
Gemeinderats-Sitzung Montag 4.2.2019**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Rapp,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Bürgermeister Blümcke und Bastin
mit den Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Stadtverwaltung,
verehrte Damen und Herren,

die heutigen Haushaltsberatungen weisen mehrere
Besonderheiten auf:

wir verabschieden den ersten **doppischen Haushalt** der Stadt
Ravensburg

wir stehen mit dem Haushalt 2019 am Ende der Gemeinderats-
Wahlperiode 2014 - 2019 und können damit eine erste wenn auch
vorläufige **Bilanz** ziehen

mit diesem Haushalt schließen wir den **WGV-Rechtsstreit** mit der
Stadt Stuttgart auch finanzpolitisch ab

die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik mit
mehrjährigen intensiven Vorbereitungen durch eine Arbeitsgruppe
in der Stadtkämmerei erfordert eine **zeitliche Verschiebung**
unserer Beschlussfassung vom Dezember 2018 auf den Februar
2019. Wir „sitzen also sozusagen nach“. Das war das letzte Mal
im Jahr 1990 „der Fall“ als der damalige OB und Gemeinderat
ohne Stadtkämmerer auskommen mussten. (Im Februar haben
wir den Haushalt 1990, im Dezember den Haushalt 1991
verabschiedet.)

eine organisatorische Überlegung und Anregung dazu: viele vergleichbare, zum Teil größere Städte verabschieden **Doppelhaushalte** oder **Zweijahreshaushalte** (siehe § 79 Absatz 1 GO Baden-Württemberg). Der Grund: die Haushalte werden immer umfangreicher, die Vorbereitungen zeitintensiver. Ein Doppelhaushalt entlastet die Verwaltung und die Fraktionen dadurch, dass nicht jedes Jahr große Vorberatungen und Haushaltsdebatten stattfinden. Notwendig werden dadurch natürlich jährliche Nachtragshaushalte, die bei uns in Ravensburg bereits die Regel sind. Beim Doppelhaushalt gilt weiterhin der Grundsatz der Jährlichkeit: Alle Ansätze - in der Doppik die Produkte - sind für jedes Jahr getrennt zu veranschlagen. Einzig die Hebesätze der Realsteuern gelten für zwei Jahre.

1 - Kommunaler Haushalt 2019 - ein Spiegel der wirtschaftlichen Konjunktur

Unsere Stadt und unsere Region Bodensee-Oberschwaben haben im vergangenen Jahrzehnt stark vom Wirtschaftsaufschwung profitiert. Stichworte für Ravensburg: Gewerbesteuer-Einnahmen von bis zu 50 Millionen Euro, Einkommensteuer-Einnahmen von über 30 Millionen pro Haushaltsjahr. Etwa in den Jahren 2017 (der Abschluss liegt inzwischen vor) und 2018 und in den Prognosen für 2019. Allerdings haben wir im Gemeinderat und in der Verwaltung die richtigen Rahmenbedingungen für „Wirtschaft und Arbeitsplätze“ gesetzt: mit moderaten Gewerbesteuer-Hebesätzen und den dafür notwendigen Gewerbegebieten. Die wirtschaftliche Dynamik, von der wir seit bald zehn Jahren in unserer Stadt profitieren wird - mit leichter Abschwächung - auch 2019 anhalten.

Was sagen uns die Wirtschaftsexperten für 2019: „Der starke Wirtschaftsaufschwung in Deutschland geht in sein sechstes Jahr. Er hat allerdings an Fahrt eingebüßt. Die Weltkonjunktur und der Welthandel trüben sich weiter ein, eine Rezession wird jedoch nicht eintreten. Als hauptsächliche Unsicherheitsfaktoren sehen die Experten für die deutsche Wirtschaft: Das Vordringen des Protektionismus durch Zölle und Handelsschranken verursacht durch die USA und China. Einen ungeordneten Austritt Großbritanniens (Brexit) aus der Europäischen Union (EU). Die Gefahr einer Schuldenkrise in Italien. Wirtschaftskrisen in Schwellenländern wie der Türkei. Das schwächt die exportorientierte, vom Weltmarkt besonders abhängige deutsche Wirtschaft. Die Konjunktur im Euroraum hat an Fahrt verloren. Dazu kommt, dass die besonders wichtige deutsche Automobilindustrie ihre Produktion und Auslieferung zurückfahren musste. Stichworte: Grenzwerte und Nachrüstungen, Diesel-Debatte, Nachholbedarf in der E-Mobilität“.

Die „gute Botschaft“ für alle Lohnempfänger ist: die Löhne werden steigen. Der Grund: Die relative Knappheit am Arbeitsmarkt. In unserer Region Bodensee-Oberschwaben haben wir mit einer Arbeitslosigkeit von im Schnitt 2,5 % fast schon Vollbeschäftigung. Bei aktuellen Firmenbesuchen wird der Mangel an Arbeitskräften neben der Bürokratie als größtes Problem thematisiert. Arbeitsmarktexperten rechnen damit, dass sich bereits Ende 2020 die Arbeitslosenzahl in Deutschland der Zwei-Millionen-Grenze annähert. Einem Wert, der zuletzt zu Beginn der 80-er Jahre erreicht wurde. Das ist eine positive Botschaft: die Inlandsnachfrage wächst dadurch, die Exportabhängigkeit sinkt. Die verstärkte Inlandsnachfrage und verbesserte Kaufkraft der Bürgerschaft ist eine Chance für die Handelsstadt Ravensburg und „das Kaufhaus Innenstadt“. Eine Chance, die es durch intelligentes und positives Marketing zu nutzen gilt.

2 - Doppischer Haushalt 2019 - ein Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit, Transparenz und Nachhaltigkeit

Die CDU Fraktion stimmt dem ersten doppelten Haushalt - inklusive den Haushalten der Eigenbetriebe - mit einem JA zu.

Die CDU Fraktion begrüßt die Umstellung auf den doppelten Haushalt. Wir erwarten von der Verwaltung, dass die Umstellung in der Praxis für den Gemeinderat und die Bürgerschaft transparent und effizient gestaltet wird. Diese Herausforderung werden wir sowohl im Gemeinderat wie in der Verwaltung meistern. Im übrigen schreibt uns diese Umstellung ein Landesgesetz (beschlossen im April 2009) vor. Die Kreisräte unter uns arbeiten bereits schon mehrere Jahre mit einem Kreis-Haushalt, der auf die Doppik umgestellt ist. Vor einigen Jahren haben wir im Ravensburger Haushalt die Budgetierung eingeführt, die sich ebenfalls bewährt hat. Der doppelte Haushalt wird ähnlich einem Unternehmen geführt und ist somit für unsere BürgerInnen leichter verständlich. Er bietet folgende Vorteile:

das gesamte Vermögen unserer Stadt wird bewertet. Dieses **Bewertungs-Verfahren** ist allerdings - wie wir in den Vorberatungen erfahren haben - noch nicht abgeschlossen. Unser Oberbürgermeister spricht von einem kommunalen Vermögen von 500 Millionen Euro. Nach einer weiteren Bewertung mögen es etwa 400 - 450 Millionen Euro sein. Allemal übersteigt unser Vermögen unseren Schuldenstand von 28 Millionen Euro um das 15-fache. Für unsere BürgerInnen wird allein schon dadurch der Haushalt klarer und übersichtlicher.

Die jährliche **Unternehmens-Bilanz** beschreibt zukünftig die Darstellung und Veränderung des Vermögens und der Schulden unserer Stadt.

Der doppische Haushalt zeichnet sich durch eine **höhere Transparenz** aus: er ermöglicht die Darstellung des jährlichen **Ressourcenverbrauchs** wie auch der **Abschreibungen**, also etwa den „Werteverlust der Gebäude und Straßen“. Dieser jährliche **Werteverlust** ist in Zukunft zu erwirtschaften. Im Haushalt 2019 gelingt dies nicht ganz, es bleibt ein Minus von 6 Millionen Euro.

Mit der Doppik ist ein klarer politischer Auftrag an Gemeinderat und Verwaltung verbunden, die eigene **Infrastruktur** an Gebäuden und Straßen stärker in das Blickfeld zu nehmen. Sanierungen werden ebenso wichtig wie Neubauten. Der klassischen **Sanierungsstau** muss über die Jahre konsequent abgebaut werden. Das Hinauszögern von Sanierungsprogrammen gegenüber Neubau-Investitionen wird sich in der Doppik klar und deutlich abbilden. Beispiele: Sanierungen unserer Kindergärten, unserer Schulgebäude, unserer historischen Gebäude, unserer Kultureinrichtungen, unserer Straßeninfrastruktur.

Die Doppik ist damit ein wichtiger Beitrag zu mehr **Nachhaltigkeit, Transparenz und Generationengerechtigkeit**. Themen, die wir in öffentlichen Reden gerne ansprechen, in der kommunalen Wirklichkeit ab und an „vergessen“.

Ich wage mich an folgende politische Voraussage: die Doppik wird Gemeinderat und Verwaltung zu mehr **finanzpolitischer Ehrlichkeit** und Klarheit erziehen. Sie wird die Fraktionen zwingen die Einnahmen genauso stark im Blickfeld zu behalten wie die Ausgaben. Gleichzeitig wird sie den Gemeinderat bei öffentlichkeitswirksamen und prestigeträchtigen Investitionen einschränken.

3 - Politische Rahmenbedingungen und kommunale Ausgangslage für 2019

Unsere Stadt profitiert sowohl 2019 wie in den folgenden Jahren von Entscheidungen des Landes wie von der Region. Sie wird in ihrer **zentralen Stellung** als Wirtschafts- und Handelsstandort, als Bildungs- und Schulstandort, als Gesundheits-Standort, als Mobilitätsstandort, als Verwaltungsstandort **gestärkt**. Und wir starten auch 2019 mit Projekten, die über viele Jahre geplant, politisch vorbereitet und umgesetzt werden.

Der **Molldietetunnel** als wesentliche verkehrliche Entlastung der Innenstadt und zentrale Ost-West-Verbindung ist im „Vordringlichen Bedarf Plus“ des Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP) enthalten. Dieser Priorisierung hat auch das Land Baden-Württemberg im Frühjahr 2018 zugestimmt. 2019 streben wir einen Planungsbeginn durch das Regierungspräsidium an. Der erste Schritt ist eine Prüfung der Trassen- und Linienfestlegung im Ravensburger Süden und Osten. Politik, Verwaltung und Bürgerschaft sind gemeinsam gefordert dies mit öffentlichen und transparenten Informationsveranstaltungen positiv zu begleiten und damit das Planfeststellungsverfahren rechtskräftig werden zu lassen.

Die **B30 Süd (Bauabschnitt VI)** Bausumme 80 Millionen Euro (Spatenstich 3. Juli 2013) wird im 4.Quartal 2019 eröffnet, bereits 2018 wurde ein erster Teil bis zum „Gewerbegebiet Karrer“ freigegeben und damit der Ortsteil Untereschach entscheidend entlastet. Damit ist 2019 nach knapp 4 Jahrzehnten (1980/81 Baubeginn des Schussental-Viaduktes) die Nord-Süd-Umfahrung unserer Stadt Ravensburg und des Schussentals vom Altdorfer Wald bis zur Grenze des Bodenseekreises fertiggestellt.

Seit März 2018 ist die **Elektrifizierung der Südbahn** im Bau, der Abschluss der gesamten Strecke von Ulm bis Lindau ist für 2021 vorgesehen, die Gesamtkosten werden bei 300 Millionen Euro liegen. Auch wenn mit dem Bau derzeit Einschränkungen des Bahnverkehrs einhergehen, damit wird ein zwanzigjähriges verkehrspolitisches Engagement unserer Region umgesetzt. Für das Bahnhofs-Gebäude und das Projekt der Stadt Ravensburg bietet das große Chancen. Gleichzeitig stellt es die regionale Bodensee-Oberschwaben-Bahn (BOB) vor große finanzielle Herausforderungen, der gesamte Fuhrpark muss auf Elektrotriebwagen umgestellt werden.

Ein sogenannter **Fahrrad-Schnellweg** für **Berufspendler** zwischen dem mittleren Schussental, Meckenbeuren und Friedrichshafen ist derzeit in der Planungsphase. Damit ist es politisch gelungen dieses einzige Rad-Schnellweg-Projekt für den ländlichen Raum - neben mehreren weiteren Projekten in Metropol -Regionen und urbanen Zentren in Baden-Württemberg - in das Schussental zu holen.

Das größte öffentliche Bauvorhaben des Landkreises in unserer Stadt, das **Elisabethen Klinikum** der OSK (mit einem Finanzvolumen von fast 300 Millionen Euro) ist inzwischen fertiggestellt und nach dem Abbruch des „Hochhauses“ eine neue architektonische Einheit. Der jahrelange politische Einsatz um diesen Standort hat sich gelohnt. Eine Tiefgarage mit bis zu 1000 Plätzen und die Gestaltung der Außenanlagen stehen noch aus. Damit haben wir in Ravensburg ein zentrales Klinikum mit herausragender Qualität, das medizinische Leistungen und Standards auf einem Niveau der Uni-Kliniken anbietet und vorhält. Diese wichtige **Kreiseinrichtung** in Ravensburg - wie auch weitere Angebote des Kreises in Ravensburg wie die Kreis-Fachschulen und -Gymnasien, die Geriatrie im Heilig-Geist-Spital, das Landratsamt, die Kreisdeponie Gutenfurt mit Wertstoff-Hof - relativieren unsere jährliche Kreisumlage von 26 Millionen Euro.

Zum 1.1.2020 nimmt das neue **Polizeipräsidium Oberschwaben in Ravensburg** (für die Landkreise Ravensburg, Friedrichshafen und Sigmaringen) seinen Dienst auf. Das bedeutet mehrere Bauabschnitte in der Gartenstrasse mit einem Volumen von über 25 - 30 Millionen Euro und einer Bauzeit von bis zu sieben Jahren. Dann wird auch das Revier Ravensburg dort integriert werden können. Die maroden Reviergebäude erfahren in der Seestrasse eine dringend notwendige Zwischensanierung für 1,2 Millionen Euro. Für den Behörden-Standort Ravensburg ist das Präsidium eine wesentliche Aufwertung, die politische Fehlentscheidung von 2012 die Region Oberschwaben dem Standort Konstanz zuzuschlagen wird damit korrigiert. Und erlauben Sie mir zu sagen: der öffentlichkeitswirksame Satz eines ehemaligen Gemeinderats-Kollegen („Ein PP Ravensburg kommt in 1000 Jahren nicht“) hat sich nach wenigen Jahren „erledigt“.

4 - Kommunale Themen und Projekte 2019 - Digitalisierung, Sicherheit, Wohnungsbau, Mobilität, „Sozialer und Gesellschaftlicher Zusammenhalt“

Nach den Vorberatungen und Informationen durch die Verwaltung (Einbringung des Haushalts 12/2018, Ältestenrat, Haushaltsklausur und VWA-Beratung) ist deutlich geworden: die Stadt steht vor einer Fülle von Projekten, Themen und Konzeptionen. Sowohl 2019, wie auch in den Folgejahren. Nach Absprache der Fraktionen gibt es zur Verabschiedung des ersten doppeljährigen Haushaltes 2019 keine Haushalts-Anträge. Daran hält sich die CDU Fraktion. Wir wollen das akribisch erstellte 728-Seiten-Werk keinesfalls „gefährden“. Unbenommen bleibt es den Fraktionen **politische und finanzwirksame Anträge** während des Haushaltsjahres zu stellen.

Die CDU Fraktion schlägt der Verwaltung und den Fraktionen folgendes Vorgehen vor: die Erstellung einer **Priorisierungsliste** für die Projekte und die Konzeptionen, die zum großen Teil über das Haushaltsjahr hinausgehen. Begründung: sowohl die personellen wie auch die finanziellen Ressourcen sind nicht ausreichend. Mehr als 10-15 Millionen Euro Investitionen sind pro Jahr von der Verwaltung nicht umzusetzen. Während unseres letzten „Spar-Haushalts“ war diese Priorisierungsliste nützlich. Zu erinnern ist an die Priorisierung von Vorhaben, Investitionen und Projekten in der Zeit von Oberbürgermeister Hermann Vogler: „**notwendig, nützlich, angenehm**“. Nach diesen einfachen aber äußerst praktischen Vorgaben haben wir über zwei Jahrzehnte unsere Investitionen beurteilt. Unser kommunaler Haushalt darf zu keinem „**politischen Selbstbedienungsladen**“ werden, an dem sich jede Fraktion je nach „Ideologie, Laune und Leidenschaft“ bedienen kann.

Bürgerfreundliche Verwaltung: mit dem neuen **Bürgeramt** im Rathaus („Großes Lob“!), dem **Bürgerservice** im Technischen Rathaus („Bauherren herzlich willkommen“!), den drei **Rathäusern** in den Ortschaften und dem **Bürgerbüro** in der Weststadt haben wir inzwischen ein Netzwerk geschaffen, das allen BürgerInnen auf kurzen Wegen und zeitnah die entsprechende Dienstleistung anbietet. Über die **Homepage** der Stadt und das **WIR der Ortschaften** (das auch digital verfügbar ist) können Bürgerfragen Online beantwortet und Informationen aktuell bereitgestellt werden. Mit der **Digitalisierungskonzeption** werden das E-Government und Online-Bürgerdienste weiterentwickelt. Das „**digitale Rathaus**“ ist keine Vision mehr - es wird zur zeitnahen Realität.

Die Umsetzung der **Digitalisierungskonzeption** wird von der CDU Fraktion ausdrücklich unterstützt und eingefordert. Ein **Digitalisierungsbeauftragter** ist mit Herrn Ebert bereits im Technischen Rathaus tätig, im kommenden VWA (Februar 2019) wird die Konzeption beraten. Darunter fallen alle Teile/Ämter der Verwaltung wie E-Government, IT-Infrastruktur unserer Schulen und der VHS, Kultur/Tourismus, Stadtentwicklung, Mobilität, Infrastruktur, Energie, Handel und Handwerk, Gesundheit und Pflege.

„**Sicherheit für alle**“ bleibt auch 2019 aktueller denn je. Nach den Vorfällen/Straftaten am nördlichen Marienplatz, in der Grüner-Turm-Straße und im Bahnhofsquartier; nach den kritischen Fragen aus dem Schülerrat, Anfragen aus dem Stadt-Seniorenrat zu besserer Beleuchtung, intensiven Debatten in der Bürgerschaft, verstärkten Einsatzstreifen der Polizei, Diskussionen über Prävention und Repression, dem Einsatz eines Präventions-Mitarbeiters/Streetworkers sind wir noch stärker im Gemeinderat und in der Verwaltung gefordert. Der „**Runde Tisch Lebenswerter Öffentlicher Raum**“ arbeitet unter Leitung von Bürgermeister Blümcke die Themen intensiv auf. Daran sind neben Experten auch Gemeinderäte, sowie BürgerInnen beteiligt. Die von Oberbürgermeister Dr. Rapp angekündigte Videoüberwachung im Bahnhofsbereich (verantwortlich ist die DB Sicherheit) und am nördlichen Marienplatz unterstützt die CDU Fraktion. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür müssen geprüft werden. Ebenso unterstützen wir einen **kommunalen Ordnungsdienst**. Wohlgermerkt als **Partner** unserer Polizeidienste, nicht als deren Ersatz. Diese Mitarbeiter benötigen eine fachliche Ausbildung und den Besuch der notwendigen Lehrgänge.

Eng verknüpft mit der öffentlichen Sicherheit ist die **Sauberkeit** in der **Innenstadt**. Und eine Innenstadt **ohne Graffiti-Vandalismus**. Wissenschaftliche Untersuchungen des Städtetages und mehrerer Architektur-Institute haben ergeben, dass die „**Subjektive Sicherheit**“ der Bürgerschaft stark von diesen Voraussetzungen abhängt. Unsere Stadt ist zu 80-85 % sauber, das Bürgerempfinden drückt sich jedoch über die fehlenden 15-20% aus. Die CDU Fraktion fordert seit langem für den Betriebshof sowohl ein handwerklich gut ausgebildetes „**Graffiti-Team**“ und für den Altstadt- und Bahnhofsbereich ein aktives „**Sauberkeits-Team**“ von bis zu vier Personen. Unsere Vorschläge liegen beim Bau-Bürgermeister. Erste Ansätze sind gemacht, weitere Schritte müssen folgen. Dazu gehören auch die Einbindung des WiFo, eine weitere und umfangreiche Öffentlichkeitskampagne und die wirksame Einbindung des Ordnungsdienstes. Auch hierbei ist der „Runde Tisch“ von EBM Blümcke beteiligt. Eine „Saubere Stadt“ bedeutet **aktiver Umweltschutz**. Wir freuen uns, dass die Grünen-Fraktion dies nach Jahren real erkannt hat, die Politik der CDU Fraktion unterstützt und sogar zur „Sauberkeit des Christkindlesmarktes“ einen Antrag gestellt hat. Im übrigen fallen diese Themen sowohl in die Verantwortungsbereiche des Ordnungs-BM Blümcke wie des Umwelt-BM Bastin.

Unser „**multifunktionales Kaufhaus Innenstadt**“ steht vor großen Herausforderungen: der **Online-Handel** besetzt inzwischen bei mehreren Branchen - etwa bei Textil, Schuhen und Parfüm - bis zu 30 % der Umsätze. Gleichzeitig gilt es die **Erreichbarkeit** unserer Innenstadt - für alle Verkehrsträger - zu sichern. Kunden und Gäste, die unsere Innenstadt nicht mehr betreten und schwer erreichen, sind für den Handel und die Gastronomie „verloren“. Übrigens auch für die **Kultur** und den **Tourismus**. Insgesamt gilt es die Attraktivität, die Aufenthaltsqualität, die „historische Atmosphäre“, unsere „Tourismus-Aktivitäten“, unsere „Innenstadt-Märkte“ sowie unsere „Veranstaltungen“ (Stichworte Rutenfest, RV-läuft, RV-spielt) zu stärken und kontinuierlich zu verbessern. 2019 stehen an: die Wiedereröffnung der Tiefgarage Marienplatz mit zwei Ebenen im September, der Planungsbeginn für den Gespinstmarkt, die Kampagne „Sicherheit und Sauberkeit“ (siehe oben), die technische Verbesserung des „öffentlichen WLAN (oder WiFi)“ und einmal mehr die Debatte über den „ÖPNV in der historischen Altstadt“.

Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und **Tourismus** sind in einem neuen Amt unter Leitung von Andreas Senghas zusammengeführt. Eine kluge Entwicklung. Unsere Tourismus-Konzeption bleibt eng verknüpft mit den (obigen) Themen Sicherheit, Erreichbarkeit der Stadt („Gäste sind willkommen“!), Aufenthaltsqualität, der Weiterentwicklung von Gastronomie und Hotellerie, der Kulturkonzeption. Eine klassische Querschnittsaufgabe. Die CDU Fraktion sieht unsere Tourismus-Aktivitäten insgesamt als große Chance für die Stadt. Die Tourist-Info ist personell (Leitung Frau Katja Möthe), organisatorisch und in ihrem Erscheinungsbild bestens aufgestellt. Nach der Sanierung des Lederhauses kann die Tourist-Info „ihre volle Wirkung“ entfalten.

Die Kernaufgabe der **Wirtschaftsförderung** sieht die CDU Fraktion neben der „intensiven Förderung des Kaufhauses Innenstadt“ in der Betreuung und der Unterstützung unserer etwa 3.200 Unternehmen und damit der Sicherung von 35.000 Arbeitsplätzen. Nachholbedarf haben wir derzeit an **Gewerbeflächen** für unser Handwerk. Sogenannte **Handwerkerhöfe** könnten im südlichen Bereich des Gewerbegebietes Mariatal entstehen. Ansonsten gilt es unsere bestehenden Gewerbeflächen in der Nordstadt (Stichwort Firma Pharma Vetter), in der Südstadt, auf dem ehemaligen Escher-Wyss-Gelände (Stichwort Firma EBZ), in der Bahnstadt (Stichwort Firma Bausch) kontinuierlich zu sanieren, behutsam weiterzuentwickeln und anzupassen. Unsere Gewerbegebiete Mariatal, Karrer (mit direktem Anschluss an die neue B30 Süd) und Erlen haben **Entwicklungspotenziale** in der Fortschreibung des Regionalplanes. Diese Potenziale gilt es zu erkennen und in den kommenden 10 Jahren umzusetzen! Wir hoffen dabei auf die politische Unterstützung **aller Fraktionen** im Gemeinderat. Einmal mehr ist festzuhalten: ohne die Flächenreserven unserer drei **Ortschaften** Eschach, Taldorf und Schmalegg sind Gewerbeflächen und Wohnungsbau nicht möglich (siehe Seite 728 HH-Plan 2019 Gemarkungsflächen der Ortschaften)

Selbst unsere Kolleginnen und Kollegen der Grünen-Fraktion haben nach zehnjähriger Realerfahrung ihre „totale politische Ablehnung“ inklusive einer massiven Negativ-Kampagne gegenüber dem Gewerbegebiet „Erlen“ aufgegeben. Spätestens nach der **erfolgreichen Ansiedlung** der Firma DWP und der späten Erkenntnis, dass über 1500 Arbeitsplätze auf kurzem Wege zu erreichen sind. Und dass über 30 Unternehmen gute Gewerbesteuerzahler sind. Und dass über 40% der Flächen für öffentliches Grün, Stadtbäume und für Retentions-Flächen ausgewiesen sind.

Stadtentwicklung, Wohnungsbau, Mobilität, Umwelt - Themen, die im Dezernat von BM Bastin bearbeitet werden. Dazu hat die CDU Fraktion in den vergangenen Jahren sowohl umfangreiche Anträge vorgelegt wie auch in mehreren Haushaltsreden Stellung genommen. Seit über zehn Jahren fordern wir politisch eine **Stärkung** des **Wohnungsbaues** in unserer Stadt. Aus dem spöttischen Namen der CDU-„**Baufraktion**“ der anderen Fraktionen ist für uns eine **Auszeichnung** geworden. Geklärt ist auch politisch, dass es keine Wohnungsbaugesellschaft der Stadt geben wird. Sondern eine **Gesellschaft** und einen **Eigenbetrieb** für **Stadtentwicklung**. Ein Modell, das die CDU Fraktion bereits vor drei Jahren entwickelt - federführend war unser Kollege Frieder Wurm - und in mehreren HH-Klausuren den Dezernenten vorgestellt hat. Umgesetzt werden soll dieses Modell 2020/2021. Die „Stadtentwicklung“ soll über die kommunalen Grundstücke verfügen und Ansprechpartner für die Wohnungsbauförderung von Bund und Land sein. Mit dem **Wohnungsbau** und dem „**Bündnis für bezahlbaren Wohnraum**“ sind wir „auf Kurs“. Bereits im vierten Jahr haben wir eine Steigerung auf 400-500 Baugenehmigungen jährlich. Der Tiefstand vor einigen Jahren war bei 200-250. Aktuelles Beispiel ist die Oststadt mit dem Rinkerareal, auf dem über 350 Wohneinheiten entstehen. Im übrigen steigen unsere Einwohnerzahlen nicht sprunghaft sondern kontinuierlich. Siehe HH-Plan Seite 726: 2016 (50.074 Einwohner), 2018 (50.536), 2019 (50.800), 2020 (51.100), 2021 (51.400). Also um etwa 250-300 Einwohner pro Jahr. Das sind die Fakten. Fakt ist auch, dass diese Menschen Wohnraum suchen. Wenn wir - beziehungsweise die Bauträger - diesen Wohnraum nicht schaffen, dann ziehen diese Menschen in die umliegenden Gemeinden. Mit den bekannten Folgen für die Mobilität.

Die CDU Fraktion begrüßt ausdrücklich die **Umsetzung des § 13b** (Bundesbaugesetz) mit je zwei Projekten in jeder unserer drei Ortschaften. Gestartet sind wir mit der Ortschaft Taldorf und den Projekten in den Ortsteilen Taldorf und Alberskirch - eine langjährige Forderung der CDU Fraktionen in der Stadt und in Taldorf. Notwendig zur Umsetzung ist eine personelle Verstärkung des Stadtplanungsamtes. Dies setzen wir mit den heutigen HH-Beschlüssen um. Auch 13b-Verfahren werden nach Umwelt-, Arten- und Landschaftsschutz-Vorgaben geprüft. Das ist Fakt, obwohl wir gegensätzliche Darstellungen in den Medien lesen müssen. JA, der städtebauliche Glücksfall ist die Innenverdichtung, das Schließen von Baulücken. Dazu bekennt sich die CDU Fraktion und hat bereits vor zehn Jahren den Antrag auf ein Baulücken-Kataster gestellt. Eine Fortschreibung ist von der Bauverwaltung zugesagt. Die Chancen für größere **Baugebiete** in unserer Stadt sind nach der Fortschreibung des Regionalplanes vorhanden: sowohl im Ravensburger Süden wie im Westen. Nutzen wir in den kommenden 5-10 Jahren diese Chancen.

Mobilität bleibt Daueraufgabe der Ravensburger Politik. Die CDU Fraktion lehnt ein gegenseitiges „Ausspielen“ der Verkehrsträger ab. Wir fordern stattdessen eine kluge **Vernetzung der Mobilität**. Die Chancen sind da, auch mit finanziellen Mitteln des Landes. Fahrrad-Mobilität, E-Mobilität, Ladestationen für PKW und Räder, Car-Sharing, bessere Vernetzung von Bussen und Bahnen, neue Tarifstrukturen und Linien für unseren ÖPNV, Wiedereröffnung der P1-Marienplatzgarage in zwei Stufen 2019/2020, endlich Planungsbeginn für ein P9-Parkhaus zwischen Bahnhof und O-Halle, der seit Jahren angekündigte „Generalverkehrsplan“ durch den GMS, Planungsbeginn für den Molldietetunnel - das politische **Mobilitätsmanagement** steht vor großen Herausforderungen. Verwaltungs-Unterstützung leisten dabei unsere **Stadtwerke**, die die „Mobilitätssparte“ personell verstärken wollen. Noch ein „offenes Wort“ zum Thema **„Luftreinhaltung“**. JA, die Gesundheit unserer Bürgerschaft ist ein hohes Gut, das uns allen hohe Fürsorge und Ernsthaftigkeit abverlangt. Es ist jedoch „billigste politische Polemik“, die Fakten und Daten des RP und des Landes anzuzweifeln. Unsere **Luft im Schussental** ist **sauberer** geworden, das ist die positive Botschaft. Nicht weniger sauberer als die Luft der Großstadt München (siehe Pressemeldungen der letzten Woche) mit 1,6 Millionen Einwohner. Ideologien, **Fahrverbote**, **Entmündigung** unserer Bürger sind die schlechtesten Lösungen. Die CDU Fraktion lehnt Fahrverbote in unserer Stadt ab, unser politisches Rezept heißt „kluges **Mobilitätsmanagement**“.

Schulentwicklung, Kulturkonzeption, sozialer und gesellschaftlicher Zusammenhalt bestimmen die politische Agenda im Dezernat von EBM Blümcke. In der Schulentwicklung sind 2018 die Weichen gestellt worden: Erhalt aller **kommunalen Grundschulen** nach dem Grundsatz „Kurze Beine - kurze Wege“. Nach einer Übergangszeit wird „**eine starke Gemeinschaftsschule**“ gebildet. Das **Schulzentrum Kuppelnau** wird planerisch und bautechnisch untersucht. 2025/2026 wird es entweder einen **Neubau** (nach Zusage einer Schulbauförderung des Landes) oder eine **Sanierung** geben. Die Sanierung des historischen **Spohngebäudes** für unsere **Gymnasien** wird 2019 nach vier Jahren „offener Baustelle“ und einer Investition von über 20 Millionen Euro abgeschlossen sein. Nach dem Umzug der VHS erhält die **Realschule** neue Räumlichkeiten. Eine neue **dreiteilige Sporthalle** für die Schulen und Vereine geht in eine Planungsphase (die Finanzierung durch finanzielle Förderung des Bundes steht noch aus). Insgesamt steht der Zukunftsbereich Bildung/Schule vor großen Herausforderungen durch die **Digitalisierung** und den **Sanierungsstau** der Schulgebäude und Sporthallen (siehe die Notwendigkeit einer Priorisierungsliste). Weitere inhaltliche Themen sind der Elternwunsch auf Flexibilität in der Betreuung, die Projekte „Differenzierte Schule“, „Sichere Schulwege“ und „Bildungshäuser für 3-10 Jährige“. Zur Beruhigung der „politischen Schulgemüter“ ist sowohl im Land wie auch in unserer Stadt der „**Schulfriede**“ eingeleitet wie auch die „pädagogische Qualität“. Ideologische Schuldebatten gehören der Vergangenheit an, der Blick auf das Wesentliche hat wieder Vorrang.

Der **neue Standort der VHS** in der Gartenstrasse hat sich bewährt, mit der dynamischen und aktiven Leiterin Frau Silke Pfaller ergeben sich neue Chancen der kommunalen Zusammenarbeit und der Öffnung. Der künftige Standort der **Musikschule** ist gesichert: mit Bauhütte als Schul- und „Vogthaus“ als Verwaltungs-Standort ist eine tragfähige Lösung erzielt worden. Mit einer positiven Landesförderung von über 2 Millionen Euro kann die Sanierung 2020/2021 umgesetzt werden.

Die **Kulturkonzeption** wird weiter schrittweise umgesetzt. Hohe Herausforderungen stellen sich bei der mehrjährigen **Sanierung des Konzerthauses** unter Beibehaltung des Spielbetriebes. Das **Theater Ravensburg** ist sowohl auf der Suche nach einer neuen Spielstätte wie nach einer Neuordnung der finanziellen Förderung und des Sponsoring. Die CDU Fraktion fordert eine Evaluation des **Finanz- und Organisations-Netzwerkes** von Kulturamt und der „Live in Ravensburg“-GmbH. Neu justiert und angepasst werden müssen auch die Netzwerke des Kulturamtes und der ehrenamtlich tätigen Kulturpartner wie der Vereine und Organisationen. Dazu gehören auch die Nutzungen der kommunalen Säle und Räume - auch in den Ortschaften. Neu aufstellen muss sich 2019 auch die **personelle Führung und Leitung**. Bereits neu besetzt sind die Leitungen von Kunstmuseum und Stadtbücherei, hinzu kommen in diesem Jahr die neuen Leitungen des Kulturamtes, des Museums MHQ und des Stadtarchives. Alle Themen und personelle Neubesetzungen zusammen bilden „fast eine Herkulesaufgabe“ für den Kulturbürgermeister.

Sozialer und gesellschaftlicher Zusammenhalt ist das neue politische „Zauberwort“. Sehr zur Freude der CDU Fraktion. Bedeutet das doch übersetzt: wir achten, respektieren und fördern die 400 Vereine und gesellschaftlichen Gruppen in unserer Stadt. Wir sprechen miteinander. Wir sind vor Ort bei den Menschen. „Miteinander Leben in Ravensburg“ - fast schon ein prophetischer Wahlslogan der Union von 2014. Ein neues Zauberwort nach der Integrationsdebatte: Achtsamkeit. Respekt. Würde des Nächsten. Ehrenamt. Beachtung gesellschaftlicher Regeln. Fürsorglichkeit. Wir fordern von der CDU Fraktion: diesen sonntäglich-rhetorischen Beiträgen müssen Taten folgen. Beispielsweise in der stärkeren Unterstützung unserer so wichtigen Vereine. Da ist vieles möglich. Das Bürgerbüro etwa kann ergänzt werden durch ein „Kümmererbüro“, eine Anlaufstelle für die Vereine und das Ehrenamt. Dazu wird es ab 2020 finanzielle Mittel des Landes geben, sie müssen nur abgerufen werden.

Unserem Sozialbürgermeister sichern wir politische Unterstützung für seine **sozialpolitischen Projekte** zu: die Sanierungen von KiTa und KiGa, die notwendigen Neubauten von KiTa und KiGa, Offene Jugendarbeit und Vereins- Jugendarbeit, Familienfreundliche Stadt (Familienzentren, Familienbeauftragte, Familienlotse, Aufenthaltsqualität der Spielplätze), Seniorenpolitik (Stiftung Bruderhaus in Oberzell, Mehrgenerationen-Häuser, Senioren-WG, Tages-, Übergangs- und Kurzzeit-Pflege), Quartiersarbeit und Integrationspolitik (Anschlussunterbringung, Integrationsarbeit, ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit). Über allem steht die Qualität der sozialen Angebote, nicht die kostenlosen Angebote durch die Kommune (Beispiel KiGa-Elternbeiträge).

5 - Zum Abschluss des HH-Beitrages 2019 der CDU Fraktion einige Thesen und Fragen, die aus der Bürgerschaft gekommen sind:

Ehrenamtliche Kommunalpolitik (die immer komplexer und anspruchsvoller wird) benötigt Zeit, viel persönliche Kraft und vor allem Ernsthaftigkeit und Verantwortung gegenüber unserer Bürgerschaft - bei aller Freude von manchen Kollegen/Kolleginnen an der „medialen Schaubühne“ (die auch notwendig ist).

Wenig hilfreich ist es dann, wenn diese ehrenamtliche Politik von den Medien als „langweilig“ bezeichnet wird, sich „im Winterschlaf befindend“. Kollegen als „zu alt, zu männlich“ titulierte, oder ein Gemeinderat insgesamt als „Minus-Kollegium“ dargestellt wird. Wo bleibt da die Achtsamkeit, der Respekt, die Würde.

Bei all diesen „Lobreden“ - wer soll sich eine Kandidatur oder ein Mandat da noch noch „antun“. Unser Stadtverband, unsere vier Ortsverbände und ihre Vorstände waren jetzt 15 Monate unterwegs um für die Ortschaftsrats-Wahlen (Eschach 18, Taldorf 17, Schmalegg 10 = 45 Kandidatinnen), Gemeinderatswahl (34) und Kreistagswahl (Wahlkreis Ravensburg = 16) insgesamt 95 Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen. Ihre Fragestellungen kann sich jeder „ausmalen“!

Besteht die kommunale und lokale Politik nur noch aus „medialer Skandalisierung und Inszenierung“ des Alltages? Oder gibt es noch die „normale“ Berichterstattung, die eingehende Recherche über gestaltende Politik, über eine Bilanz dieser Politik, über mehrjährige Projekte (Beispiele: Gewerbegebiet Erlen, Wohnungsbau, Elisabethen-Klinikum, Verkehrsprojekte).

Vor einigen Jahren haben wir - unter hohem finanziellen Aufwand und unter intensiver Bürgerbeteiligung (STEP) - ein Leitbild Ravensburg 2030 verabschiedet. Wissen wir das noch? Orientieren wir uns daran? Wer ist der „Leitbild-Kümmerer“ in der Verwaltung? Benötigen wir - nach der Aufnahme von über 800 Flüchtenden und dem aktuellen Wohnungsbedarf - eine Fortschreibung in Teilzielen?

„Miteinander Leben in Ravensburg - das Ganze sehen“.
„Unsere sieben Ziele und Kernthemen 2014 - 2019 - dafür stehen wir ein“: Stadtgemeinschaft zusammenhalten, Wirtschaftskraft ausbauen, Wohnorte gestalten, Mobilität lenken, Ressourcen verantworten, Lebensqualität bewahren, Bürgergesellschaft begleiten. Für unsere CDU Fraktion waren das die Leitbilder. Messen Sie uns daran 2019, ziehen sie alle Bilanz für diese fünf Jahre.

Seien wir ehrlich: Unsere **demokratische Gemeinschaft** ist „**unter Beschuss**“ geraten. Trotz sehr guter wirtschaftlicher Lage ist die Unzufriedenheit, Unsicherheit, Angst und Sorge unserer Bürgerschaft etwa vor der Globalisierung, vor der Digitalisierung sehr groß. Genauso äußert sich „Wut über die Politik“ - „Die da oben - wir da unten.“ Das trifft genauso die kommunalen und ehrenamtlichen Akteure. Ich bin davon überzeugt, das ist die „Stunde der Demokraten“, der ehrenamtlichen Parteiarbeiter und Räte vor Ort. Da können auch kein Bundesprogramm „Demokratie leben“ oder ein Landesprogramm „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ mit hohem finanziellen Budget helfen. Wir sind gefordert. Es liegt an uns allen was aus unserer demokratischen Verfassung wird. Erforderlich sind tägliche Gesprächen mit unseren BürgerInnen. Und eine gestaltende Politik. **Keine Ankündigungspolitik**. Politik, die zur **Wirklichkeit** wird, Politik, die umgesetzt wird. Wir haben den Auftrag den Menschen Hoffnung zu vermitteln, Ihnen eine gute Zukunft aufzuzeigen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Lassen Sie uns alle - Gemeinderat, Verwaltung und Medien - dazu die Kommunalwahlen und die Europawahl am 26. Mai 2019 nutzen.

Die CDU Fraktion bedankt sich bei den drei Dezernenten, allen Amtsleitungen und der gesamten Verwaltung für die gewohnt gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ein großes **Danke** an die Stadtkämmerei - Herrn Stadtkämmerer Gerhard Engele, Herrn Abteilungsleiter Nau, das Doppik-Team um Frau Nina Bastin - für den ersten Haushalt unserer Stadt Ravensburg nach dem NKHR.

DANKE für Ihre Aufmerksamkeit und für das Zuhören!